**Fünfzig Jahre Südosteuropäische Geschichte und Anthropologie an der Uni Graz**

Karl Kaser

Vor fünfzig Jahren, im Jahr 1970, wurde das Institut für Südosteuropäische Geschichte an der Universität Graz gegründet. Obwohl die Südosteuropaforschung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr völlig neu war, repräsentierte es die erste historische Fachdisziplin dieses Zuschnittes an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät. Unter der Führung von Professor Ferdinand Hauptmann, der, in Fürstenfeld geboren, von Sarajevo nach Graz berufen worden war, entfaltete sich erstmals eine umfassende historische Beschäftigung mit dem südöstlichen Europa in Forschung und Lehre. Von Dimensionen der Europäisierung konnte damals noch nicht die Rede sein – im Gegenteil: Der Eiserne Vorhang verhinderte einen freien Wissensaustausch ebenso wie einen ungehinderten Waren- und Personenverkehr. Darüber und über den Kontext der Institutsgründung berichtete der erste Teil (Institutsgründung während des Kalten Krieges) <https://seeha50.uni-graz.at/de/fuenfzig-jahre/karl-erzaehlt/> dieser losen Folge an Reflexionen des Autors über die vergangenen fünfzig Jahre. Die Reihe an Veranstaltungen, die wir aus Anlass unseres Fünfzigjahrjubiläums <https://seeha50.uni-graz.at> organisieren, zeugt von der Öffnung einer einst beinahe hermetisch abgeriegelten europäischen Region.

**II: 1989 und die Folgen**

Die politische Wende, die von den Bevölkerungen unserer sozialistischen Nachbarstaaten im Herbst und Winter 1989 erzwungen wurde und erst 1991 (in Albanien) zum Abschluss kam, traf uns alle, die wir im wissenschaftlichen Balkangeschäft involviert waren, einigermaßen unvorbereitet. Andererseits

– worauf hätten wir uns vorbereiten sollen? Darauf, dass manche unserer bisherigen

Kooperationspartner (Institutionen sowie Kollegen und Kolleginnen) entweder schwer

angeschlagen sein oder gar von der Bildfläche verschwinden würden? Darauf, dass

unser Fach in eine Identitätskrise schlittern sollte? Oder gar darauf, dass sich hinter der

großartigen sozialistischen Scheinfassade ein Wissenschaftsbetrieb verbarg, der einerseits hervorragende Forscher und Forscherinnen hervorgebracht hatte, aber andererseits gezwungen war, Mangel zu verwalten? Eine Vorbereitung auf das Ungewisse war nicht möglich, also blickten wir vorerst gespannt auf die Dinge, die auf uns zukommen sollten. Im Folgenden möchte ich aus eigenen Wahrnehmungen vier Entwicklungen skizzieren, die uns in den ersten zwei Jahrzehnten nach 1989 hauptsächlich beschäftigt haben, im nächsten Blogbeitrag möchte ich mich mit jenem Phänomen befassen, das wir als Europäisierung bezeichnen können.

**Neue Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperationen**

Die ersten Jahre nach der Wende waren stark geprägt von alltagsweltlichen

Krisenbewältigungsmaßnahmen; Fragen wissenschaftlicher Natur traten vorübergehend in den Hintergrund. Der Wissenschaftsbetrieb in den sogenannten Transitionsländern blieb von der sich vertiefenden gesellschaftlichen und ökonomischen Krise nicht ausgespart. Bis dahin sorgsam übertünchte strukturelle Defizite traten daher umso stärker ans Tageslicht. Es mangelte an allem, nur nicht am festen Willen, in das westliche Ausland zu migrieren, wenn sich eine wohlfeile Möglichkeit dafür bot. Wir wurden gewollt oder ungewollt zu Subjekten der Begierde nach Visa. Die Visumsbeschaffung war damals noch viel einfacher als nach der rechtlichen Vertiefung der Schengener Abkommen im Jahr 1999. Wir taten, was wir tun und halfen, wo wir helfen konnten, wenngleich wir den stärker werdenden Braindrain instinktiv ablehnten, da die intellektuellen Kapazitäten der betroffenen Länder ausgehöhlt zu werden drohten (was auch tatsächlich der Fall war). Beinahe gleichrangig ausgeprägt waren Wünsche nach materieller Unterstützung der wissenschaftlichen Institutionen in den Transitionsländern. Es mangelte in erster Linie an neuerer wissenschaftlicher Literatur und an Computern. Die frühen neunziger Jahre waren jene, in denen unsere Depots radikal aller Dubletten entledigt und Computer nicht alt wurden. Unsere Kapazitäten waren allerdings beschränkt; gegen ungeheizte Hörsäle und ständige Stromausfälle – weitere zentrale Probleme – konnten wir nichts unternehmen.

Angesichts des unübersehbaren Elends in unseren wissenschaftlichen Kooperationsbereichen waren wir, so gesehen, einige Jahre lang die Getriebenen. Kaum waren die materiellen Elementarbedürfnisse notdürftig befriedigt, begannen sich Fragen nach dem Aufbau neuer und tragfähiger Kooperationen zu stellen. Diesbezüglich befanden wir uns in einer Zwickmühle, denn erstens waren uns die Kooperationspartner von früher teilweise abhandengekommen, da sie ihre allzu enge Regimenähe in das wissenschaftspolitische Nirwana transferiert hatte. Die Frage der Zusammenarbeit wurde immer mehr zu einer Generationenfrage. Uns ging es primär darum, auf eine junge Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu setzen, von der wir annahmen, dass sie in theoretischer und methodologischer Hinsicht offen und wissbegierig war. Das Zustandekommen wissenschaftlicher Kooperationen hing jedoch auch von Zufällen ab. So manche Zufallsverkettungen führten schließlich zum Aufbau erneuter wissenschaftlicher Kooperationen seit den frühen neunziger Jahren sowohl mit Bulgarien, in erster Linie mit dem Balkanistischen Seminar an der Südwest-Universität Blagoevgrad, als auch mit anderen Balkanländern. Im Verlauf des ersten 2000er Jahrzehnts konnten sich diese Kooperationen stabilisieren und eine hohe Qualität erlangen. Diese neue Qualität bestand – und dies mag widersprüchlich erscheinen – vor allem darin, dass es sich größtenteils nicht um institutionalisierte Zusammenarbeit, also um Kooperationen auf vertraglicher Basis, handelte, sondern um solche auf persönlicher ‚Vertragsbasis‘, gestützt auf gemeinsame Interessen und gegenseitigem Vertrauen.

**Eine überwundene Identitätskrise**

In den wissenschaftlichen Kreisen der Balkanregionen beinahe unbemerkt, schlitterten

die ost- und südosteuropabezogenen Fächer des deutschen Sprachraums in

den Jahren um die Jahrtausendwende in eine identitäts- und existenzgefährdende

Krise. Einschränkend muss angemerkt werden, dass sich in der Schweiz und in Österreich die im Folgenden aufgeworfenen Fragen bei weitem nicht in jener Schärfe manifestierten, wie dies in Deutschland der Fall war. Die Wurzeln dieser Existenzkrise sind in den einschlägigen Fachentwicklungen während des Kalten Krieges zu suchen.

Die ost- und südosteuropabezogenen Fächer wurden 1) nolens volens in eine teilpolitische Rolle gedrängt, die darin bestand, dass sie der von ideologiegetränkten Prämissen geleiteten Forschung in den sozialistischen Ländern ideologieferne, ‚reine‘ Wissenschaftlichkeit entgegensetzen sollten. Das Problem bestand darin, dass sie gerade deshalb – gewollt oder ungewollt – ebenfalls ideologisch wurden; 2) wurden sie v. a. aufgrund der oben skizzierten schwierigen Rahmenbedingungen in ihrer Weiterentwicklung schwer behindert. Abgesehen von den Kooperationsschwierigkeiten, die sich aus der Organisation des wissenschaftlichen Alltagslebens ergaben, wurden unsere Fächer in der Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Orientierung auf der einen Seite und der notwendigen Anpassung an die Erfordernisse der Normfächer in den Geschichts- und Politikwissenschaften oder in der Soziologie im eigenen Land beinahe zerrieben. Anstatt sich – so die Kritik – an den Normfächern zu messen, entwickelten die ost- und südosteuropabezogenen Fächer ihre eigenen wissenschaftlichen Standards, methodologisch und theoretisch mitunter retardierend. Etwas vorschnell wurde das Ende der ost- und südosteuropabezogenen *area studies* verkündet und ihre organisatorische und inhaltliche Integration in die Normfächer gefordert. Allem Anschein nach haben diese Fächer diese Identitätskrise jedoch erstarkt überwunden und begannen sich mit neuem Elan theoretisch wie methodisch in ihren ureigenen Domänen, wie etwa dem historischen Kulturvergleich, erfolgreich zu profilieren. Die außeruniversitären Einrichtungen taten sich diesbezüglich schwerer. Während das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut 2006 seine Pforten schließen musste, konnte das Münchner (nun Regensburger) Südost-Institut unter der Führung von Ulf Brunnbauer (ab 2008) <https://www.ios-regensburg.de/personen/mitarbeiterinnen/ulf-brunnbauer.html> neu durchstarten.

**Umstrittenes Forschungsobjekt**

Vor dem Jahr 1989 stand der territoriale Umfang unseres Forschungsobjekts kaum

zur Debatte. Dies lag einerseits an der ideologischen Selbstzuschreibung der

sozialistischen Staaten zum Osten Europas, andererseits an der historisch-geografischen

Definition Südosteuropas, die sich bereits in den 1970er-Jahren verfestigt hatte. Demnach markierten aus Sicht von Autofahrern und Autofahrerinnen die Grenzübergänge Spielfeld/Šentil rund 40 Kilometer südlich und Heiligenkreuz/Rábafüzes rund 60 Kilometer östlich von Graz den Übertritt in unser Forschungsterritorium Südosteuropa, das sich aus den Ländern Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn zusammensetzte. Dazu kamen Griechenland, wie seltsam, die ‚europäische‘ Türkei. Dessen Untervariante ‚Balkan‘ setzte sich aus demselben Länderkomplex minus Ungarn und Nordjugoslawien zusammen.

Die ‚Wende‘ brachte diese Gewissheiten nachhaltig in Unordnung. Ungarn,

Slowenien und Kroatien erklärten alsbald ihren Austritt aus dem imaginären Forschungsobjekt Südosteuropa. Ungarn und Slowenien verstehen sich seither als mittel- oder zentraleuropäische Länder und können zahllose historische Beweise dafür anführen; Kroatien versteht sich mal als mitteleuropäisches, mal als mediterranes Land – als letzteres v.a. in der Fremdenverkehrswerbung. Rumänien schließlich bevorzugt eine Zuschreibung zu Südosteuropa gegenüber jener zum Balkan, türkischen Kollegen und Kolleginnen wurde beides recht, wenn somit eine Zuordnung zu Asien vermieden werden konnte.

Dies waren allerdings erst die Anfänge von noch beträchtlich größeren Schwierigkeiten, die in Diskussion kommen sollten. Ich meine damit die Todorovaisierung der Objektdebatte. Zu einem Zeitpunkt, als durch die ‚Balkankriege‘ (gemeint waren die postjugoslawischen Kriege 1991-1999) unser Forschungsobjekt Südosteuropa in der Öffentlichkeit zum Balkan wurde, erschien 1997 das Buch der bulgarisch-amerikanischen Historikerin Maria Todorova <https://history.illinois.edu/directory/profile/mtodorov> *Imagining the Balkans*. Sie überführte darin die Wissenschaften im westlichen Europa des Vergehens der Balkanisierung des Balkans im Sinne einer Negativstigmatisierung der Region als turbulente Übergangszone zwischen ‚Orient‘ und ‚Okzident‘. Ihr Vorwurf der Essentialisierung des Balkanbegriffs fand viel Zustimmung, wenngleich auch vereinzelten Widerspruch, etwa durch den deutschen Südosteuropahistoriker Holm Sundhaussen <https://de.wikipedia.org/wiki/Holm_Sundhaussen>. Die Debatte endete in einem Nichtende, also in einer klassischen Pattstellung, nachdem die Kontrahentin und der Kontrahent ihr nicht unbeträchtliches intellektuelles Pulverreservoir ohne Ergebnis verschossen hatten. Während das Forschungsobjekt Balkan seither im internationalen Gebrauch inhaltlich und begrifflich dem freien Markt, das heißt variierender Wissenschaftspraxis, ausgesetzt ist, hält die deutsche Forschung eisern am traditionellen Südosteuropabegriff der 1970er-Jahre fest – allerdings mit einer Korrektur: Die Türkei wurde nun zwar als ganzes Land (und nicht nur der kleine ‚europäische‘ geografische Anteil) hereingeholt, dafür wird jedoch dem Land seine Europafähigkeit abgesprochen.

Wie artifiziell diese Definitionswut ist und skurril sich diese kleinkrämerische Haltung auswirkt, zeigt sich, auch darin, dass man nach wie vor Kroatien, Slowenien und Ungarn als südosteuropäische Länder reklamiert, obwohl sie sich mittlerweile als zentral- oder mitteleuropäische Länder verstehen. So wird also die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Um dem Wirt dennoch die Rechnung schmackhaft zu machen, sind besonders Findige auf den bravourösen Gedanken gekommen, diese nördlichen Teile Südosteuropas als Nordsüdosteuropa zu bezeichnen. Auf der anderen Seite unternehmen die drei südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbeidschan und Georgien seit zwei Jahrzehnten erhebliche Anstrengungen, um als europäische Länder akzeptiert zu werden. In Armenien sind die Anstrengungen noch die geringsten, wenngleich mittlerweile auch hier Aufbruchstimmung herrscht <https://www.sueddeutsche.de/politik/armenien-aufbruch-stimmung-am-kaukasus-1.4741574>. Von dieser Art einer ‚Europäisierung‘ wollen allerdings maßgebliche Honoratioren und Honoratiorinnen unserer Zunft nichts wissen.

Karl Kaser ist seit 1996 Professor für Südosteuropäische Geschichte an der Universität Graz. Er hat hier 1974 sein Studium der Geschichte und Slawistik aufgenommen, 1980 promoviert und sich 1986 habilitiert. Er plädierte bereits früh für eine historisch-anthropologische Ausrichtung der Südosteuropaforschung, die darauf ausgerichtet war, nicht das Trennende zu suchen, sondern Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.